

Kurtenbach, S., und Wulf, H., 2012:
Violence and Security Concerns in Post-Conflict Situations. Project
Working Paper No. 3:

INEF: Wie Entwicklungszusammenarbeit angemessen in Post-Konflikt-Situationen agieren kann

Entwicklungszusammenarbeit (EZ) ist zunehmend in Ländern und Regionen aktiv, die durch Gewalterfahrungen geprägt sind. Häufig wird in diesem Zusammenhang der Begriff „Post-Konflikt“ gebraucht. Trifft er die Lage angemessen? Diese Frage bildet den Ausgangspunkt des Working Paper „Violence and Security Concerns in Post-Conflict Situations“. Dr. Sabine Kurtenbach, Senior Research Fellow am GIGA Institut für Lateinamerika-Studien (ILAS), und Prof. Dr. Herbert Wulf, Berater und Adjunct Senior Researcher am Institut für Entwicklung und Frieden (INEF), haben es im Rahmen eines Forschungs- und Beratungsprojekts des INEF verfasst, das sich im Auftrag des BMZ mit Instrumenten und Verfahren der deutschen EZ in Post-Konflikt-Kontexten befasst.

Kurtenbach und Wulf halten den Begriff „Post-Konflikt“ für teilweise irreführend, insofern mit einer offiziellen Kriegsbeendigung in der Regel weder der Konflikt noch das Gewaltproblem „gelöst“ seien. Zugleich sei „Post-Konflikt“ zu einem wichtigen Referenzpunkt internationaler Debatten geworden. Sie plädieren für situationsangemessene Ansätze der Gewaltkontrolle und -reduktion, die sich den jeweils spezifischen Charakteristika und Dynamiken von Gewalt anpassen, die häufig in Post-Konflikt-Situationen fortbesteht. In besonderer Weise diskutieren sie die Reform des Sicherheitssektors, die Privatisierung von Gewalt und ihre Auswirkungen auf das staatliche Gewaltmonopol sowie Fragen der Sicherheit des EZ-Personals.

Aus: Frient Impulse, 4/ 2012

<http://www.frient.de/publikationen-service/dokumente/library/frient-impulse-042012.html>

Differenziertere Politik

Nach Gewaltkonflikten herrscht meist nur eine fragile Stabilität. Drei Studien des Instituts für Entwicklung und Frieden (INEF) der Universität Duisburg-Essen betonen, die Entwicklungspolitik sollte Situationen genau untersuchen, um abzuschätzen, welche Möglichkeiten sich eröffnen. Von Floreana Miesen

Gewalt und Unsicherheit bestehen auch nach dem offiziellen Ende eines Konfliktes fort. In einer gemeinsamen Studie legen Sabine Kurtenbach und Herbert Wulf dar, dass bisherige Ansätze zur Friedenstiftung in der Entwicklungspolitik zwar gut sind, jedoch noch Mängel aufweisen. Geber konzentrieren sich demnach auf den Aufbau von Staaten, verfehlen jedoch oft ihre Ziele, da neu geschaffene Institutionen zu schwach seien.

Geberinstitutionen unterstützen und übertragen vermehrt Regionalorganisationen wie der Afrikanischen Union (AU) Aufgaben der Friedenstiftung. Den Autoren zufolge überschätzen sie aber oft deren Leistungsfähigkeit. Zudem seien Security Sector Reforms (SSR) zu einem beliebten Konzept geworden. Dabei sollen institutionelle Reformen der Bevölkerung mehr Kontrolle über ihre eigene Sicherheit geben. Tatsächlich sind Polizei und Militär nach Konflikten oft Teil des Sicherheitsproblems. Aus Sicht von Kurtenbach und Wulf sind SSR-Konzepte aber

bislang zu undurchsichtig und bergen die Gefahr, für militärische und strategische Zwecke missbraucht zu werden. Zudem werde das Konzept als Aufzwingung westlicher Werte empfunden. Unterschiedliche Geberinteressen sorgten für inkohärente SSR-Konzepte.

Aus: *Floreana Miesen*, E+Z, online, <http://www.dandc.eu/articles/220491/index.de.shtml>.